

Januar 1951

Artikel 60

(früher Art. 41)

KARTELLBESTIMMUNGEN

1. Verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, alle Beschlüsse, sich zu Erzeugerverbänden zusammenschließen und alle Praktiken für ein gemeinsames Vorgehen, die den Zweck verfolgen, auf dem gemeinsamen Markt unmittelbar oder mittelbar das normale Spiel des Wettbewerbs zu verhindern, einzuschränken oder zu verändern, insbesondere:

- a) die Preise festzusetzen oder zu beeinflussen;
- b) die Erzeugung, die technische Entwicklung oder die Investitionen zu beschränken oder zu kontrollieren;
- c) Märkte, Erzeugnisse, Kunden oder Versorgungsquellen aufzuteilen.

2. Für bestimmte Erzeugnisse kann die Hohe Behörde Vereinbarungen über Spezialisierung oder gemeinsamen Ein- oder Verkauf genehmigen, wenn sie feststellt:

- a) dass diese Spezialisierung oder diese gemeinsamen Ein- oder Verkäufe zu einer beträchtlichen Verbesserung bei der Erzeugung oder Verteilung der genannten Erzeugnisse beitragen und
- b) dass die in Betracht kommende Vereinbarung wesentlich ist, um diese Wirkungen zu erzielen, ohne dass sie weitergehende Einschränkungen vorsieht, als dies ihr Zweck erfordert;
- c) dass sie den beteiligten

Archivsammlung Nr. Chef/P/21
(Übersetzung)

Vorgeschlagene Änderungen (unterstrichen)

1. Verboten und ohne weiteres nichtig sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, alle Beschlüsse, sich zu Erzeugerverbänden zusammenschließen und alle Praktiken eines gemeinsamen Vorgehens, die den Zweck verfolgen, auf dem gemeinsamen Markt das normale Spiel des Wettbewerbs mittelbar u. unmittelbar zu verhindern, einzuschränken oder zu verfälschen, insbesondere:

- a) Preise festzusetzen oder zu bestimmen,
- b) die Erzeugung, technische Entwicklung oder die Investitionen zu beschränken oder zu kontrollieren;
- c) Märkte, Erzeugnisse, Kunden oder Versorgungsquellen aufzuteilen.

2. Die Hohe Behörde genehmigt jedoch für bestimmte Erzeugnisse Vereinbarungen über Spezialisierung, über gemeinsamen Ein- oder Verkauf oder diesen genau entsprechende Vereinbarungen, wenn sie feststellt, dass:

- a) diese Spezialisierung oder diese gemeinsamen Ein- oder Verkäufe zu einer beträchtlichen Verbesserung bei der Erzeugung oder Verteilung der genannten Erzeugnisse beitragen,
- b) die in Betracht kommende Vereinbarung wesentlich ist, um diese Wirkungen zu erzielen, ohne dass sie weitergehende Einschränkungen vorsieht, als dies ihr Zweck erfordert;
- c) sie den beteiligten Unternehmen nicht die Befugnis geben kann, die Preise zu bestimmen oder die Erzeugung oder den Absatz eines erheblichen Teiles der in Betracht kommenden Erzeugnisse auf dem gemeinsamen Markt zu kontrollieren oder einzuschränken.

58

A.A., Akte 1. Schwann Plan Verhandlungen

Unternehmen nicht die Befugnis haben kann, die Preise zu bestimmen noch die Erzeugung oder den Absatz eines erheblichen Teiles der in Betracht kommenden Erzeugnisse auf dem gemeinsamen Markte zu kontrollieren oder einzuschränken.

Die Genehmigung kann unter bestimmten Voraussetzungen und für begrenzte Dauer erteilt werden. In diesem Falle kann die Hohe Behörde sie einmal oder mehrmals erneuern, wenn sie feststellt, dass im Zeitpunkt der Erneuerung die obenerwähnten Voraussetzungen weiterhin erfüllt sind.

Die Hohe Behörde kann die Genehmigung jederzeit widerrufen oder ändern, wenn sie feststellt, dass die Vereinbarung infolge veränderter Umstände nicht mehr gerechtfertigt oder erforderlich ist, oder daß die tatsächlichen Folgen dieser Vereinbarung oder ihrer Durchführung mit den für die Genehmigung verlangten Voraussetzungen im Widerspruch stehen.

Die Genehmigung ist ebenso wie die Beschlüsse, durch die sie erneuert, widerrufen oder geändert wird, bekanntzumachen.

3. Jede Vereinbarung oder jedes unter Konkurrenzunternehmen vereinbarte gemeinsame Vorgehen, gleich welcher Art oder zu welchem Zweck, gilt als mit dem Vertrag im Widerspruch stehend, wenn sie nicht schriftlich vereinbart und innerhalb von 8 Tagen nach ihrem Abschluss oder innerhalb einer anderen von der Hohen Behörde festzusetzenden Frist dieser zur Genehmigung vorgelegt wird.

oder ganz allgemein einem tatsächlichen Wettbewerb auf dem gemeinsamen Markt entgegenzustehen.

c) sie die beteiligten Unternehmen nicht dadurch einem tatsächlichen Wettbewerb anderer Unternehmen im gemeinsamen Markt entzieht, dass sie ihnen die Befugnis gibt, die Preise zu bestimmen, Kontrollen einzuführen oder die Erzeugung oder den Absatz eines erheblichen Teiles der in Betracht kommenden Erzeugnisse auf dem gemeinsamen Markt zu beschränken.

Die Genehmigung kann unter bestimmten Voraussetzungen und für begrenzte Dauer erteilt werden. In diesem Fall erneuert die Hohe Behörde diese Genehmigung einmal oder mehrmals, wenn sie feststellt, dass die oben erwähnten Voraussetzungen im Zeitpunkt der Erneuerung noch immer gegeben sind.

Die Hohe Behörde widerruft die Genehmigung oder ändert sie ab, wenn sie feststellt, dass die Vereinbarung infolge der Wirkung veränderter Umstände nicht mehr den oben vorgesehenen Voraussetzungen entspricht oder dass die tatsächlichen Folgen dieser Vereinbarung oder ihrer Durchführung mit den für die Genehmigung verlangten Voraussetzungen im Widerspruch stehen.

Die Genehmigung ist ebenso wie die Beschlüsse über deren Erneuerung, Widerruf oder Änderung bekanntzumachen.

3. Jede Vereinbarung unter Konkurrenzunternehmen oder jeder Beschluss, sich zusammenzuschliessen oder jedes gemeinsame Vorgehen, die geeignet wären, die im Abs. 1 genannten Wirkungen hervorzurufen, sind der Hohen Behörde binnen 8 Tagen mitzuteilen oder innerhalb jeder anderen Frist, die die Hohe Behörde bestimmen kann.

e auf Grund des
Vertrages verbotene
Vereinbarung ist ohne
weiteres nichtig und
kann vor keinem Gericht
der Mitgliedstaaten
geltend gemacht werden.
Jeder Versuch,
eine solche Vereinbarung
im Wege eines
Schiedsverfahrens, Reu-
geldes oder Boykotts o-
der in anderer Weise
durchzuführen, bildet
eine Zuwiderhandlung
gegen die Vorschrif-
ten des Vertrages.

4. Stellt die Hohe Behörde fest, dass eine Ver-
einbarung oder ein von einem Verband gefasster
Beschluss mit den Vorschriften des obigen Absatz-
es 1 in Widerspruch steht, ohne dass die Verein-
barung auf Grund der Vorschriften des Absatzes 2
genehmigt werden kann, so spricht sie die Nich-
tigkeit dieser Vereinbarung oder dieses Beschlus-
ses aus, die vor keinem Gericht der Mitgliedstaa-
ten geltend gemacht werden könne.

Die Hohe Behörde ist, vorbehaltlich der Klagen
beim Gerichtshof, ausschliesslich zuständig für
die Entscheidung, ob die genannten Vereinbarungen
oder Beschlüsse den Vorschriften dieses Artikels
entsprechen.

Die Hohe Behörde kann im Wege einer Anordnung
nach Art und Zweck die Vereinbarungen und Prak-
tiken bestimmen, die mit den Vorschriften dieses
Artikels als in Widerspruch stehend gelten.

5. Die Hohe Behörde kann eine Geldbusse bis zum
Höchstbetrag von% des Jahresumsatzes gegen
die Unternehmen aussprechen, die die Vorschriften
des obigen Absatzes 3 verletzen, wenn sie die
Nichtigkeit dieser Vereinbarung oder dieses
Beschlusses gemäss obigem Absatz 4 feststellt,
oder gegen Unternehmen, die durch Schieds-
spruch, Reugeld, Boykott oder andere Mittel jeder
Art eine Vereinbarung, deren Nichtigkeit festge-
stellt worden ist, anwenden oder anzuwenden ver-
suchen,
oder gegen Unternehmen, die den Vorteil einer
Genehmigung mit Hilfe von falschen oder entstell-
ten Auskünften erwirken oder zu erwirken versu-
chen,
oder gegen Unternehmen, die mit den Vorschrif-
ten des Absatzes 1 in Widerspruch stehende Prak-
tiken anwenden.

REUNIONS des CHEFS de DELEGATION des .

13 et 14 FEVRIER 1951

Modifications proposées
(soulignées)

ARTICLE 61

1. Sont soumises à l'autorisation préalable de la Haute Autorité, sous réserve des dispositions de l'alinéa 3 ci-dessous, toutes opérations de concentrations, qu'elles soient relatives à un même produit ou à des produits différents, qu'elles soient le fait d'une personne ou d'une entreprise, d'un groupe de personnes ou d'entreprises, qu'elles soient effectuées par fusion, acquisition d'actions ou d'éléments actifs, prêt, contrat, ou tout autre moyen de contrôle - qui intéressent la propriété, l'actif ou le contrôle d'une entreprise soumise à la juridiction de la Haute Autorité.

2. La Haute Autorité n'accorde l'autorisation visée à l'alinéa précédent que si elle reconnaît:

a) que l'opération envisagée ne donnera pas aux entreprises intéressées sur une partie importante du marché des produits en cause, le pouvoir de déterminer les prix, de contrôler ou restreindre la production ou la distribution, de faire obstacle au maintien d'une concurrence effective ou d'échapper aux règles de concurrence résultant de l'application du présent Traité;

b) et qu'elle contribuera à améliorer les conditions techniques de la production ou de la distribution des produits en cause.

La Haute Autorité peut subordonner cette autorisation à toutes

1. Sont soumises à autorisation préalable de la Haute Autorité, sous réserve des dispositions de l'alinéa 3 ci-dessous, toutes opérations ayant pour effet une concentration à l'intérieur des territoires visés à l'alinéa 1 de l'art. 78, qu'elles soient relatives à un même produit ou à des produits différents, qu'elles soient le fait d'une personne ou d'une entreprise, d'un groupe de personnes ou d'entreprises, qu'elles soient effectuées par fusion, acquisition d'actions ou d'éléments d'actif, prêt, contrat, ou tout autre moyen de contrôle - qui intéressent la propriété, l'actif ou le contrôle d'une entreprise soumise à la juridiction de la Haute Autorité.

2. La Haute Autorité accorde l'autorisation visée à l'alinéa précédent, si elle reconnaît:

a) que l'opération envisagée ne donnera pas aux entreprises intéressées sur une partie importante du marché de celui ou de ceux des produits en cause qui relèvent de sa juridiction, le pouvoir de déterminer les prix, de contrôler ou restreindre la production ou la distribution, de faire obstacle au maintien d'une concurrence effective ou d'échapper aux règles de concurrence résultant de l'application du présent Traité;

A.A., Akte 1. Schuman Plan Verhandlungen.

- 2 -
b) et qu'elle contribuera à améliorer la capacité de concurrence des entreprises en cause.

Dans cette appréciation, la Haute Autorité, conformément au principe

conditions qu'elle estime appropriées aux fins du présent paragraphe.

3. En vue d'exempter de l'autorisation préalable, dans la mesure compatible avec les règles de l'alinéa 2, les opérations qui n'ont pas pour effet de donner aux personnes ou entreprises en cause le contrôle de plus de 3% du marché commun d'une classe de produits soumis à sa juridiction, la Haute Autorité définit, en égard à leur nature et à leur importance, les catégories d'opérations qui bénéficient de cette exemption et les conditions auxquelles cette exemption est soumise

4. Si une opération est réalisée en infraction aux dispositions du présent article, ou si le bénéficiaire d'une autorisation préalable est acquis au moyen d'informations fausses ou déformées, la Haute Autorité doit ordonner la séparation des entreprises ou des actifs indûment réunis ou la cessation du contrôle commun, et toute autre action qu'elle estime appropriée pour rétablir l'exploitation indépendante des entreprises ou des actifs en cause, et restaurer des conditions normales de concurrence. En outre, la Haute Autorité peut imposer aux entreprises en cause des amendes à concurrence de (%) de leur chiffre d'affaire quotidien. En cas de

non discrimination énoncé à l'article 4, alinéa bb, tient compte des situations existant dans les diverses régions de la Communauté.

La Haute Autorité peut subordonner cette autorisation à toutes conditions qu'elle estime appropriées aux fins du présent paragraphe.

3. En vue d'exempter de l'autorisation préalable, dans la mesure compatible avec les règles de l'alinéa 2, les opérations qui n'ont pas pour effet de donner aux personnes ou entreprises en cause le contrôle, soit de plus de 3% de la production de charbon ou de la production d'acier, ramenée à son équivalent en métal brut dans le marché commun, soit de plus de 8% de la production d'une classe de produits soumis à sa juridiction, la Haute Autorité définit, par décision prise après avis du Conseil, en égard à leur nature et à leur importance, les catégories d'opérations qui bénéficient de cette exemption et les conditions auxquelles cette exemption est soumise.

4. Il a été proposé de substituer à la séparation des entreprises ou de actifs, une constatation de nullité.

En outre, la Haute Autorité peut imposer aux entreprises en cause des amendes à concurrence de (%) de leur chiffre d'affaires quotidien. En cas de récidive, les maxima ci-dessus sont doublés.

acidive, les maxima ci-dessus sont doublées.

5. La Haute Autorité est habilitée à adresser, aux entreprises publiques ou privées, qui, en droit ou en fait, ont ou acquièrent, dans une ou plusieurs régions de la Communauté, une position dominante sur le marché d'un des produits relevant de sa juridiction, toutes recommandations propres à obtenir des effets conformes aux objectifs du présent Traité.

En cas d'infraction auxdites recommandations, les sanctions prévues s'appliquent respectivement.

5. La Haute Autorité est habilitée à adresser, aux entreprises publiques ou privées, qui, en droit ou en fait, ont ou acquièrent, sur le marché d'un des produits relevant de sa juridiction, une position dominante qui les soustrait à une concurrence effective dans une partie importante du marché commun, toutes recommandations, propres à éviter que cette position soit utilisée à des fins contraires aux objectifs du présent Traité.

En cas d'information aux dites recommandations, les sanctions prévues s'appliquent respectivement.

N.B. Sont soumises à la juridiction de la Haute Autorité, les entreprises qui, dans le domaine du charbon ou de l'acier, au sens du présent Traité, exercent une activité de production à l'intérieur des territoires visés à l'alinéa 1 de l'article 78.